nach ihm benanntes Theater, und er selbst bewohnte ein mit allem Luxus ausgestattetes Palais und führte das Leben eines Grandseigneurs. Seinen Aufsteig verdankte er seiner ausgesprochenen Charakterlosigkeit. Wie die deutschen, wie alle Zeitungsfabrikanten verstand er es, immer der herrschenden Stimmung Rechnung zu tragen, Auflage und Abonnentenzahl zu steigern, sich immer den Mitarbeiterstab heranzuziehen, der sich für seinen Säckel prostituierten ließ.

Solange die Opposition Geld einbrachte, schrieb er liberal. Der Liberalismus brachte seine eigene Zeitung bis zu der Höhe, daß er in die Regierungspressekloake eindringen konnte. Die „Nowoje Wremja“ wurde der Tummelplatz des überbesten Chauvinismus. Bei jeder antisemitischen Strömung schwamm sie oben. Zuerst deutschfreundlich, wurde sie nach der rüstseeburgischen Amalierung Deutschlands und Kriegsetzter. Jeder neue Minister wurde mit Lobeshymnen begrüßt, jede neue Regierung als der Beginn eines gold. Zeitalters gepriesen. Bei der Intelligenz erhielt sie den Namen Windfahne. In den ersten Jahren wurde das Blatt von den Intelligenz überhaupt boykottiert. Als es aber im großen Publikum einen Resonanzboden hatte und Goldgrube geworden war, zahlte er ungeheure Mitarbeiterhonorare und kaufte sich so talentvolle aber brotlose Intellektuelle in Scharen. Mit interessanten literarischen Beiträgen drang die Zeitung bei den Gebildeten ein und gewann Leserkreise, die mit ihrer politischen Haltung nicht einverstanden waren. Mit der steigenden Auflage wuchs die Inseratentplatzung, das Blatt eroberte die Handelskreise. Die steigende Einnahme gestattete Riesenhonoreare und die Heranziehung intelligenter Männer, Universitäts-Professoren, Pädagogen, Ingenieure usw. als Mitarbeiter. Die Auswirkung war, daß das Blatt in allen Gesellschaftsschichten gelesen wurde, Abonnenten und Inserenten stiegen, Suworin hatte eine Goldgrube in des Wortes vollster Bedeutung.

Als Verfechter des russischen Imperialismus und Chauvinismus übertrumpfte Suworin den selbst Mitarbeiterstab, der auf Anweisung schrieb, sogar die reaktionäre russische Regierung. Als kluger weitblickender Kopf erkannte er aber sehr wohl, daß das zaristische System seinem Untergang entgegen ging. Während des russischen Krieges glaubte er die Zeit zu werden, in der die Revolution mehr zu verdienen sei. Als 1905 die Revolution ausbrach, war die „Nowoje Wremja“ an ihrer Spitze. Hatte er vorher den Absolutismus gepredigt, so propagierte er nach Abtreten der Revolution den Parlamentarismus. Jeden Schritt der Vererber der Konstitution wurden gegen hohe Honorare als Mitarbeiter gekauft. Als die Reaktion wieder gesiegt hatte, war auch Suworin mit seiner Zeitung wieder reaktionärer als die schwärzeste Reaktion.

Um des Geschäftes willen fürder Suworin Lüge und Korruption, um Geld zu münzen. Um Abonnenten und Inserenten zahl zu steigern, war eben jedes Mittel recht. Innerlich dachte er anders. Er fühlte das Bedürfnis, irgendwo seiner Seele freien Lauf zu geben. Das tat er in Form eines Tagebuches, das er vom Jahre 1885 bis zum Jahre 1912 veröffentlicht. Es soll demnach auch in deutscher Sprache erscheinen. In seinem Tagebuch verspottet Suworin den Zarismus und den Zaren, den ihm umgebenden „kanzen Biensstock von Nichtstunern und Taugenichtsen“, und den Parlamentarismus der Weststaaten.

Während des japanischen Krieges gibt er seiner Empörung Ausdruck über die Gleichgültigkeit der kaiserlichen Marine angesichts der folgenschweren Kriessereignisse. „Die Japaner“, schreibt er in seinem „Tagebuch“, haben den besten russischen Kreuzer, den „Nowik“, versenkt. Diese Nachricht wird offiziell unterdrückt, weil die Taufe des Thronfolgers bevorsteht. Ihnen geht es gut in ihren Palästen und auf ihren Gärten. Die schönsten Plätze haben sie für sich genommen, und sie lassen es sich wohl sein. Was kümmert sie das Unglück Rußlands! Ja, vor der Revolution haben sie alle mächtige Angst, aber bis zur Revolution ist es ja noch so lange hin! Da können sie sich in Ruhe ihren Reichtum so vermehren.“ Das Tagebuch Suworins ist erfüllt von bitteren Klagen und leidenschaftlichen Vorwürfen gegen die Korruption der Großfürsten. „Der Kauf argentinischer Kriegsschiffe“, trägt er in sein Tagebuch ein, „hat nicht stattgefunden, weil russischerseits als Schmeichelei für einen Großfürsten 500 000 Rubel erbeten wurden.“ Dort verurteilt man Blüt, und die Großfürsten nehmen Schmiergelder. Rußland ist ja ein Privatgrundbesitz von Romanows, und sie versuchen, sich auf jede Weise zu bereichern.

Ueber Leo Tolstoj urteilt Suworin sehr richtig, daß er das zaristische Regime unterhöle, daß er aber so festen Fuß gefaßt hat, daß man ihm nichts anhaben könne. Die Minister — die er in seinem Blatt öffentlich lobt, und brandmarkte er in seinem Tagebuch als Schwachköpfe und Gauner. Suworin verneint darin die Frage, ob die russische Regierung Freunde habe. „Was für Freunde könnten denn Dummköpfe und Idioten, Diebe und Räuber haben?“ Das Tagebuch schließt, 1912: „Wie lange kann dieses Chaos noch dauern?“ In Suworins „Tagebuch“ wird es wohl in Deutschland? Man kann ohne weiteres behaupten, daß jede Zeitung, die kapitalistische Inserate bringt, ihren Suworin hat. Die Suworins sind überall. In jeder parlamentarischen Partei, in jeder Organisation, die sich als Schwachköpfe und Gauner. Suworin. Wo ist der Arbeiterführer, der während des Krieges Monarchist war und während der Revolution Revolutionär? Wenigstens solange, als Monarchismus und Revolution ihren Mann ernähren. Sie alle sind heute Beschützer der Republik, oder, wenn es besser lohnt, auch gegen sie. Die Suworins werden erst ausgeschaltet, wenn sich das Proletariat betriebsweise, als Klasse organisiert und das Berufsführertum ausschaltet. Erst dann wird es verbannt, daß bei der nächsten Revolution Suworins an der Spitze stehen.

Aus der Bewegung Wir und die Einheitsorganisation

Während der letzten Wahlperiode belief die AAUE eine Versammlung ein, um einen antiparlamentarischen Linksblock aus den Mitgliedern der KAPD, AAU, AAUE, Syndikalistischen Anarcho-Kommunisten und den individuellen Anarchisten zu bilden. Diese Versammlung ging resultatlos auseinander. Aber selbst von Rednern der Einheitsorganisation wurde dieser Vorschlag in der Versammlung abgelehnt. Daraufhin beschloß sich eine Mitgliederversammlung der KAPD, mit diesem Vorschlag der Einheitsorganisation und nahm nach längerer Diskussion folgende Resolution an:

„Die Mitgliederversammlung hält die Bildung eines antiparlamentarischen Blocks für unrichtig. In der Interesse der Selbstverständigung des Proletariats richtet sie jedoch an die AAU, Einheitsorganisation im besonderen die Aufforderung, zu einer unverbindlichen gemeinsamen Aussprache der Mitglieder beider Organisationen über die bestehenden Differenzen zusammen zu kommen.“

Der AA. richtete daraufhin folgendes Schreiben an die AAUE:

Wir hatten Euch sehr dankbar an uns gewandt mit dem Ersuchen, einen antiparlamentarischen Linksblock zu bilden. Wir haben uns auf eine Mitgliederversammlung mit dieser Frage beschäftigt und haben erneut feststellen müssen, daß ein Linksblock von vornherein Unzulässigkeit verdächtig ist, und ebensowenig als Basis einer Einigung des Proletariats dienen kann. Die Mitgliederversammlung hat die in der Anlage abgedruckte Resolution angenommen.

Wir beabsichtigen Bezirksmitgliederversammlungen einzuberufen, zu der Ihr und Sympathisierende eingeladen sind, wo zwecks Selbstverständigung des Proletariats die Fragen der Revolution behandelt werden. Ort und Zeit der Versammlungen sind aus der KAZ. zu ersehen. Solltet Ihr unseren Vorschlag ablehnen, dann bitten wir um gefl. Mitteilung.

Mit revolutionärem Gruß!
(Unterschrift.)

Die Einheitsorganisation antwortete auf dieses Schreiben wie folgt:

Werte Genossen!

Auf Euer Anschreiben möchten wir wie folgt antworten. Euer Vorschlag, Bezirksmitgliederversammlungen einzuberufen, wünschen wir dahingehend umgewandelt, daß zuvor eine gemeinsame Aussprache der beiden Funktionskörper „zwecks Bildung eines Kartellverhältnisses“ stattfindet. Ort und Zeit überlassen wir Euch.

Wir ersuchen um rechtzeitigen schriftlichen Bescheid, damit wie üblich die Mitgliedschaft informiert werden kann. Die Mitgliedschaft der KAP. nahm zu diesem Vorschlag der Einheitsorganisation Stellung und lehnte ihn „emphatisch ab“, sie der Meinung war, daß ohne Klarheit keine Einigkeit möglich sei, und diese infolgedessen keine organisatorische, sondern eine politische Angelegenheit sei. Der Vorschlag der AAUE, die doch sonst immer „antiautoritären“ Charakter in den Vordergrund stellt, die Angelegenheit zwischen beiden Organisationen zu entscheiden, sondern durch die Funktionskörper regeln zu lassen, löste allgemeines Befremden aus. Es wurde infolgedessen folgende Antwort an die Einheitsorganisation geschickt:

Wir haben uns mit Euren Gegenvorschlag, zunächst eine gemeinsame Aussprache der Funktionskörper beider Organisationen zwecks Bildung eines Kartellverhältnisses herbeizuführen beschäftigt. Unsere Mitglieder halten eine derartige organisatorische Vorwegnahme für verkehrt. Es ist doch erst einmal notwendig, sich darüber gegenseitig klar zu werden, inwieweit unsere gegenseitigen politischen Annahmen sich gegenseitig haben, in was wir uns noch unterscheiden. Wir haben uns auch mit der Frage beschäftigt, ob eine einzige gemeinsame Mitgliederversammlung oder mehrere Versammlungen über Groß-Berlin zweckmäßig seien. Bei der einzigen Versammlung ist es nicht möglich, die „Kanonen“ der Organisationen sprechen können, die Meinung der Mitglieder würde doch nicht zum Ausdruck kommen. Deshalb halten wir mehrere Versammlungen, in den einzelnen Unterbezirken, (an einem Tage natürlich) für richtiger. Die Mitglieder beider Organisationen müssen selbst über diese Fragen entscheiden können.

Wir glauben bestimmt, daß Ihr, wenn Ihr Euch die Sache genauer überlegt, zu derselben Ansicht kommen müßt, daß zunächst eine politische Einigung, wie sinngemäß die Funktionskörper, sondern der Mitglieder selbst, das eine organisatorische Vorwegnahme irgend welcher Art verkehrt ist.

Wir erwarten baldige Antwort.

Die Einheitsorganisation antwortete darauf folgendermaßen:

Werte Genossen!

Euer Schreiben vom 5. I. möchten wir wie folgt beantworten:

Eure Auffassung, eine gemeinsame Aussprache über die beiderseitige politische Einstellung, wäre sinngemäß eine Versammlung angestrebt würde. Wir halten eine solche zur Zeit für undiskutabel und überlassen dieses der Zeit.

Eure politische Einstellung kennen wir doch und glauben daß Ihr die uns deshalb einmündig zu erklären, unserer Auffassung eine Aussprache darüber. Was wir erstreben ist eine Kartellierung aller linksrevolutionären Organisationen. Diese kann zustande kommen, trotz einzelner prinzipieller Unterschiede.

Wenn Ihr auch die wirtschaftliche und politische Situation vor Augen haltet so müßt Ihr doch zu der Überzeugung kommen, daß jetzt jeder Organisations-Exzismus zurücktreten muß, um eine gemeinsame Plattform zu finden, auf der ein erfolgreicher Widerstand gegen das Kapital und deren Helfer ermöglicht wird.

Wir haben nach unserer Auffassung die Pflicht gegen die Revolution und deren Opfer, diesen Weg zu beschreiten. Wir erwarten Eure Antwort.

Die Bezirksführer nahmen zu der durch diese nochmalige Ablehnung unseres Vorschlags durch den Arbeitsausschuß der Einheitsorganisation geschaffenen Sachlage Stellung. Daß die Stellung der Einheitsorganisation keine einheitliche ist, geht daraus hervor, daß zu gleicher Zeit in der „Aktion“ die gemeinsamen Mitgliederversammlungen begrüßt wurden. Typisch für die Einheitsorganisation ist auch die Tatsache, daß ein Unterbezirk der KAP, an den entsprechenden der Einheitsorganisation herantrat mit dem Vorschlag, eine gemeinsame Mitgliederversammlung zu veranstalten, derselbe aber lehnte mit dem Kasinoblock ab diese Frage durch die Zentralkommission für die Einheitsorganisation ist noch nicht geregelt wurde: ein Standpunkt, der für die „antiautoritären“ Einheitsorganisation bezeichnend ist. Die Bezirksführer lehnten den nochmaligen Vorschlag der Einheitsorganisation, ein Kartell der Funktionskörper beider Organisationen zu bilden, erneut ab, sahen aber andererseits die Zwecklosigkeit eines weiteren Briefwechsels mit dem AA, der AAUE, ein, und beauftragten deshalb den AA, der KAP., das gesamte Material in dieser Frage durch Veröffentlichung in der Presse den Mitgliedern der AAUE direkt zu unterbreiten, damit sie selbst die Entscheidung treffen können. Ferner beschlossen die Bezirksführer, die gemeinsamen Mitgliederversammlungen auf jeden Fall einzuberufen und die Mitglieder der AAUE, aufzufordern, dort zu erscheinen.

Die Mitgliederversammlungen finden am 27. Februar 1925 um 7 Uhr in folgenden Lokalen statt:

- Norden: Franzl, Reinickendorferstraße 43.
- Nordosten: Paris, Hufelandstraße 32.
- Osten: Bökers Festsäle, Weberstraße.
- Süden, Neukölln: Kottbuser Kreuz, Kottbuserstraße 19.
- Westlich und südliche Vororte: Köpenick, Rosen-Ecke Kiehlstraße, Lokal Augustin, Wallstr. 63 b.
- Westlich und südwestliche Vororte: Schönemann, Schöneberg, Strandstraße 20.

Die Mitglieder der Einheitsorganisation werden gebeten, sich am 27. Februar zu dem ihm zunächst gelegenen Lokal zu begeben, auch evtl. ohne die Erlaubnis ihrer Instanzen.

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands, Bezirk Groß-Berlin, Arbeitsausschuß.

Im Zusammenhang damit wollen wir gleich eine andere Angelegenheit behandeln.

In der Aktion, Jahrgang XIV, Heft 15 und Jahrgang XV, Heft 1 und 2 wird ein Brief eines Genossen an dem Zuchtshaus veröffentlicht. In der Einleitung desselben heißt es: „Ich melde mich zum Wort! Ich lasse es mir nicht entziehen! Kommt mir nicht mit ablehnenden Beschlüssen von Redaktions- und Pressekommissionen! Ich verlange, daß Eure Presse in ihrer Gesamtheit die nachfolgenden Ausführungen öffentlich veröffentlicht, auch wenn die eigene Partei gegenwärtig angegriffen wird und damit sich getroffen fühlen kann.“

Wir möchten zu diesem Brief folgendes feststellen: Der Brief wurde vor länger als ein Jahr dem Genossen Broh von der AAUE zugestellt. Broh erachtete es aber nicht für notwendig, dem Wunsch des Genossen zu willfahren und den Brief der in Frage kommenden Presse zuzustellen, sondern versenkte ihn in seinem Schreibtisch.

Jetzt, nach über einem Jahr, bringt er den Artikel „Gekürzt und redigiert“ (also nicht ungestört) in der Aktion zum Abdruck. Wir wollten den Artikel ungekürzt abdrucken — denken aber natürlich nicht daran, den von Broh zurecht gestutzten Artikel abzuzeichnen — und wandten uns deshalb mit folgendem Brief an Gen. Piemert:

Werte Genosse Piemert!

In der Aktion drückt du einen Artikel des Genossen X. ab. Wir wollen den Artikel selbstverständlich auch in der KAZ zum Abdruck bringen. Der Gen. Broh, dem der Artikel von X. übermittelt wurde, äußerte sich einem Genossen gegenüber, der in anderer Angelegenheit bei ihm war, daß er gerade dabei sei, den Artikel zu kürzen, da er Veröffentlichung zu lang sei. Wir wollen den Artikel in der KAZ, aber ungekürzt zum Abdruck bringen. Wir bitten Dich deshalb, den Artikel von X. vorübergehend zu überlassen, damit wir die gestrichenen Stellen aussuchen können, bzw. einen von uns bestimmten Genossen bei Dir Einsicht in den Brief zu gewähren. Außerdem kommt hinzu, daß in der Zeit, wo 1 Nummer der Aktion erscheint, 4 Nummern der KAZ erscheinen, also viel mehr Raum zur Verfügung steht, als in der Brief von uns viel schneller gebracht werden kann. Mühen wir immer auf das Erscheinen der Aktion warten, würde die Veröffentlichung sehr schleppend erfolgen. Solltest Du den Brief ungekürzt abdrucken, so bitten wir Dich, uns dieses zu bestätigen.

Auf jeden Fall bitten wir um baldigste Nachricht. Mit revolutionärem Gruß!
(Unterschrift.)

Darauf erhielten wir keine Antwort! Auf telefonische Rückfrage bei Gen. Piemert erklärt derselbe, daß er unser Brief an Gen. Broh zur Rücküberlegung geschickt habe; Gen. Broh werde uns antworten. Nachdem über ein Monat vergangen ist, ohne daß Broh geantwortet hat, fragen wir ihn öffentlich noch einmal, ob er gewillt ist, den Originalartikel zum Abdruck zur Verfügung zu stellen. Ob die Redigierung des Gen. Broh lediglich den Zweck hatte, veraltetes auszumengen und ihn tendenziös zurecht zu stellen, können wir ohne Kenntnis des Originalen nicht untersuchen; aus seiner Weigerung könnte man allerdings letzteres entnehmen. Wir sind auch jetzt noch gewillt, den Brief ungekürzt abzuzeichnen; ein von Broh zurecht gestutztes Elaborat zu bringen, müssen wir aber ablehnen.

Die KP. auf dem Wege zur „Massenpartei“.

Vor und nach ihm auch die Leninistische Taktik ihre Wirkung in den Ortsgruppen des Reiches aus, daß diese in immer stärkerem Maße zur Erkenntnis gelangen, beweist uns nachstehender Vorgang in der Ortsgruppe Bonn der KP.

Der Fraktionsführer Nix wurde wegen parteischändenden Verhaltens aus der Partei ausgeschlossen. Der Ausschluß war schon lange perfekt, man beriet sich nur nachträglich ein halbtägig Funktions-Sitzungen ein um eine Bestätigung pro forma zu erlangen. Man plant auch noch eine Mitglieder-Versammlung, damit auch das Mitbestimmungsrecht eintreten gewahrt wird. Nix hatte noch mit zwei anderen KP. Mitgliedern eine „parteilose“ Orga. in Bonn und Umgebung (Der Scheinwerfer) ins Leben gerufen. Unsere Genossen hatten auch schon mal die Ehre; von demselben in gemeinster Art und Weise angepöbelt zu werden. Weil nun die Geschäfte der „Sozialistischen Partei“ gekündigt, gönnten Bonner Genossen diese Einnahmehöhe nicht; könnten schnappig mit ihnen die Annoncen vor der Nase weg, und da der Scheinwerfer schon sowieso kein Mensch mehr kaufte, trug man denselben in Ehren zu Grabe. Unsere Bonner Genossen widmeten diesen sogenannten „Parteilosen“ Orga noch nachträglich einen Nachruf, und bedauern lebhaft, das es so schnell sterben mußte. Wegen der Aufteilung der Erbschaft fand noch auf dem Bezirksbüro in Köln eine Keilerei zwischen den Erben statt.

Aus der Erkenntnis heraus, daß die Politik der KP. mit ihren korrupten Führern nicht besser ist wie die der SPD, erklärte ein Teil der Funktionäre und Mitglieder der KP. ihren Austritt aus derselben und traten zur KAPD. über.

Mitteilungen
RHEINLAND-WESTFALEN.

An alle Ortsgruppen der KAPD, und AAU. Der Bezirksarbeitsausschuß beruft für Sonnabend, den 14. Februar 1925, abends 6 Uhr und Sonntag, den 15. Februar 1925, eine

kombinierte Bezirkskonferenz nach Eibfeld ein. Aus technischen Gründen kann die Konferenz nicht wie im Rundschreiben mitgeteilt schon am 31. Januar stattgefunden hätte, sondern am 14. Februar stattfinden. Die Tagesordnung lautet:

1. Politische Lage. 2. Bericht von der Bezirkskonferenz. 3. Partei und Union und ihre Aufgaben. 4. Organisatorisches. 5. Berichte, b) Reorganisation. 5. Vrak. 6. Verschiedenes. Anträge sind bis spätestens den 31. Januar eintreffend einzusenden. Sämtliche Anträge werden alsdann sofort den Ortsgruppen schriftlich zur Stellungnahme zugesandt.

Jede Ortsgruppe muß nach Möglichkeit je einen Delegierten der Partei und Union entsenden. Außerdem fordern wir alle Ortsgruppen auf, sofort die fälligen Pflichtbeiträge abzuführen.

Die Bezirksleitungen der KAPD, und AAU. Rheinland-Westfalen. Kommunistische Arbeiter-Jugend.

Ortsgruppe Groß-Berlin. Gruppe Norden: Am Mittwoch, den 11. Februar, abends 5 1/2 Uhr, im Lokal Neue Hohestr. 28. Öffentlicher Gruppenabend. Thema: Darwinismus und Marxismus. Gruppe Nowaweg: Am Montag, den 9. Februar, abends 5 1/2 Uhr, im Lokal, Gebauer, Wallstr. 63 b. Öffentlicher Gruppenabend. Thema: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.

Gruppe Neukölln: Am Mittwoch, den 11. Februar, abends 5 1/2 Uhr, in Britz, bei Schmidt, Janstr. 76. Öffentlicher Gruppenabend. Thema: Grundsätze des Sozialismus. Gruppe Ost: Am Dienstag, den 10. Februar, abends 5 1/2 Uhr, bei Nix, Lokal, Mauerstraße. Öffentlicher Diskussionsabend. „Das Kommunistische Manifest“ (Fortlaufender Kursabend.)

GROß-BERLIN. 16. Unterbezirk der AAU (Cöpenick). Freitag, den 6. Februar, abends 8 Uhr, in Cöpenick, Rosen-Ecke Kirchnerstraße (Lokal Augustin). Mitglieder-Versammlung der Allgemeinen Arbeiter-Union. Die Genossen von Cöpenick, Grünau, Böhmisch-Wilmersdorf, Zehlendorf, Köpenick und Friedberg müssen vollzählig erscheinen. Es findet Backkontrolle statt.

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Otto Schernoll, Berlin. Druck: Willy Iszonat, Berlin O 17, Lange Straße 79.

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht angenommen.

Februar 1925

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 6929 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Waisenstraße 49)

Die Sozialdemokratie auf der Liquidation der „Revolution“

„Vorwärts“ und „Rotte Fahn“ schwächen

Der Berliner Polizeipräsident Nassauer bei Barnats! Der „Kommunist“ können auch.

Man weiß nicht recht, welche Talente bei den bezopferten konservativen Männern der Staatsbank am ausgeprägtesten sind: die über allen Dingen stehende Leichtgläubigkeit oder die über alles erhabene Schamlosigkeit. So ungefähr lautet das Lesens Kundige weiß, daß die klüglichen Überreste der Donauländischen Werke (Wöllersdorfer Werke) von den sozialdemokratischen Brüdern Sklarz fast bis auf den letzten Nagel vermarktet wurden. Jeder Zeitungslieser weiß, daß die Sklarz sich nur mit Oesterreich an diesen Werken beteiligten, um auch das letzte Gerümpel zu verschieben. Jeder ABC-Schütze weiß auch, daß ihnen nicht nur dies glänzend gelang, sondern, daß sie darüber hinaus, als es nichts verstärkungsreiches mehr gab, andere Staatswerke und den Staatsäckel um Millionen plünderten. Und ausgerechnet diese Donauländischen „Werke“ nahm die Staatsbank als ein Deckungsobjekt für viele Millionen deutsche Reichsmark. Und auch die Staatsanwaltschaft achtete den guten deutschen Rentenbesitzer so wenig, daß sie ihn als Partei veränderten und in Oesterreich anfruchtete, ob es denn in Wöllersdorf auch wirklich so etwas gab. Da auch die österreichischen Behörden ihre Briefe mit Steuerzetteln frankierten, antworteten sie in einem Schreibbriefe, daß es welche — gegeben habe! Die „Werke“ sind nämlich barakt.

Als weitere Deckung für das Millionen-Dutzend nahm die Staatsbank von den Barnats deren Aktienbesitz an der „Küsten-transport- und Bergungs-A.G.“. Auch in Daldorf und in den Kinderbewahranstalten ist es nicht unbekannt, daß die Aktien eine Schiffahrtslinie die gedruckten Wertpapiere gekündigt haben. Denn niemand kann — außer der Preussischen Staatsbank — annehmen, daß Schiffahrtslinien den Wert des Wassers oder der Wolken repräsentieren. Und die Staatsbank nahm dies wirklich an. Denn als weitere „Deckung“ als wertvollste nahm sie noch eine Hypothek auf den Schiffspark der Gesellschaft. — Selbstverständlich ist auch die Küsten-transport- und Bergungs-„Aktiengesellschaft“ bankrott. Es ist schon mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Herren Barnat auch die Dürer, wie der alte Orion Alexandrowitsch, Potemkin anno 1781, einwand malen ließ, ebenfalls der Staatsbank verpfändeten. Und vielleicht als deutsch-demokratischen Gegen- und Doppelwert das Schloß des Herrn Sankt Nimmerlein in Wolkenkuckuckheim.

„Die Liquidation der Revolution“ als der erste Schritt auf dem Wege der Verwärtsentwicklung verlangt eine stärkere Betonung des Nationalwillens, verlangt die Sanierung der Wirtschaft, die Reinigung der Verwaltung und die Hebung der öffentlichen Moral. Auf allen Gebieten hat die Revolution zu einem neuen Aufbau geschaffen, die dem Eigenmut, niemals dem Staatsinteresse dienen. Bei ruhiger und fester Führung, die sich nicht durch das Geschrei von Interessenten, Drohungen mit Generalstreik, Forderungen der Gewerkschaften und dergleichen erschrecken läßt, wird das Vertrauen der Volksgesamtheit in die nationalen Regierungen wachsen. Auch viele, heute noch als stehende Kreise, namentlich in der Arbeiterschaft, werden erkennen, daß nur auf diesem Wege eine Gesundung unseres kranken Volkstums zu erreichen ist. Dann wird sich auch der Gedanke der Volksgemeinschaft durchsetzen, der nur auf nationalem, niemals auf revolutionärem Boden gedeckt werden kann. Der politische Lehrsatz: „es kann nicht gegen die Sozialdemokratie regiert werden“ ist Unsin und nicht durch den Willen ersetzt werden: „es soll nicht gegen die nationalen deutschen Arbeiter regiert werden.“ Stellen sich die Gewerkschaften auf diesen Gedanken ein, dann ist es gut, sonst müssen sie verschwinden, wie die erbärmliche Rätewirtschaft! Immer klarer zeigt sich, daß unsere Verfassung verbesserungsbedürftig ist. Sie ist ein Hindernis für die Revolution, die es heute zu überwinden gilt. Herr Preuß mag sich damit trösten, daß auch die Verfassung des Großherzogtum — Bismarck — heute nicht mehr zeitgemäß wäre. Je schneller wir das staatliche Grundgesetz in Form bringen, die dem wahren Charakter unseres Volksheims entsprechen, desto besser ist es.

Aus „Berliner Börsenzeitung“ vom 28. Januar 1925, Abendausgabe.

„Wahrlich, eine präzisere Stellungnahme ist nicht möglich. In dieser Beziehung kann das revolutionäre Proletariat von seinem Totfeind lernen. Bezeichnend ist, daß die beiden Blätter der „einigen“ Arbeiterparteien „Vorwärts“ und „Rotte Fahn“ noch nichts davon erwähnt haben. Beide sind augenblicklich so mit dem Massenbetrug beschäftigt, um oben zu bleiben, daß für Propagierung des Klassenkampfgedankens keine Zeit übrig bleibt. Beide quälen sich im Schweiß ihres Angesichts ab, den Proletariats die Einreihung in die Orgeschfront, in die „freien“ Gewerkschaften recht schmackhaft zu machen. Am lautesten, am häßlichsten klingt der Ruf der Pseudokommunisten. Nur Narren oder Bewohner des Mars können glauben, daß die Gewerkschaften sich ihrer eigenen Parole, die der „Volksgemeinschaft“ widerstehen werden. Nur so, wie sie die Börsenzeitung in erfrischender Klarheit propagiert, wird etwas zu brutal und häßlich aussehen und könnte dadurch eventuell den Riesen Proletariat nicht gefallen.“

Herr Reichspräsident Ebert ersucht auf Antrag mit möglicher Beschleunigung Platz nach Deutschland zu erteilen für Frau Barnat, Prokurist; Vorgesang und weitere Personen. Die Schlichter der late Franz Krüger. Diese Schlichter wurden für die Barnats mit dem Reichspräsidenten in den Akten ist die Abschrift eines Telegramms, das Barnat am Herrn Wels vom sozialdemokratischen Parteivorstand gerichtet hat: „Amsterdam, 15. 5. 1919. Verständlich Reichspräsidenten, daß wegen meines Dauersumme hiesige Konsultation noch nicht instruiert. Denke nächste Woche wieder nach Berlin zu reisen. Gruß für Sie und Müller, Barnat.“ Der Reichspräsident hat hierzu folgende Beistellung gemacht: „Das Auswärtige Amt hat neu mitgeteilt, daß Barnat am 15. 5. 1919, nach längerer Zeit, wünscht, daß Gesandter im Haag noch einmal ersucht wird.“

Am 26. 3. 1919 schrieb Staatssekretär Töpler, daß an einem längeren Aufenthalt Barnats in Deutschland deutscherseits (I) Interesse besteht. Er hat die Palaststelle in Amsterdam um ein Visum auf längere Zeit für Barnat, ein Auswärtige Amt und wurde am 22. Mai dort erlingt. Das Amt telegraphierte an das Generalkonsulat in Amsterdam um Ausstellung eines Danervisums. Als dann Barnat nach Berlin kam, wurde er von Herrn Ebert empfangen, von Richter kam, ihn das erste Visum ausgestellt.

Wie der Herr Staatssekretär Töpler zugibt, hat Herr Barnat aus dem Büro des Reichspräsidenten, mit dessen Teilgen in eigenen geschäftlichen Angelegenheiten nach Holland gesprochen. Die Schlichter der late Franz Krüger. Diese Schlichter wurden für die Barnats mit dem Reichspräsidenten in den Akten ist die Abschrift eines Telegramms, das Barnat am Herrn Wels vom sozialdemokratischen Parteivorstand gerichtet hat: „Amsterdam, 15. 5. 1919. Verständlich Reichspräsidenten, daß wegen meines Dauersumme hiesige Konsultation noch nicht instruiert. Denke nächste Woche wieder nach Berlin zu reisen. Gruß für Sie und Müller, Barnat.“ Der Reichspräsident hat hierzu folgende Beistellung gemacht: „Das Auswärtige Amt hat neu mitgeteilt, daß Barnat am 15. 5. 1919, nach längerer Zeit, wünscht, daß Gesandter im Haag noch einmal ersucht wird.“

darum wird man noch die nötige Verschleierung dafür finden. Bis jetzt haben die Gewerkschaftsbesitzer und mit ihnen die Sozialdemokratie noch stets für jede Gemeinheit, für jeden Klassenverrat eine theoretische Formel und Begründung gefunden. Und bisher hat noch stets die deutsche Sektion der russischen Internationale diese Begründungen und Formulierungen zum Angelpunkt genommen und als Springbrett für ihre schamlosen Nachbeter benutzt, die dann in diesem System überraschend schnell versumpfen und versumpfen mußten.

Die deutsche Bourgeoisie läßt ihre Soldknechte nicht umsonst solche Leitartikel schreiben. Sie weiß, was sie will. Sie weiß auch, daß nur so noch der Frotz, das treibende Element dieser „Ordnung“ realisiert werden kann. Nur darin irrt sie sich, daß sie schlechten, umstürzlichen Menschen gemacht wird sei tot und ließe sich nur liquidieren. Im Gegenteil, brennender mit jedem Tag erhöht sich die geschichtliche Entwicklung Umgestaltung der Profitswirtschaft in die Bedarfswirtschaft. Immer gebietlicher verlangt Madame Geschichte vom Proletariat Taten gegen den geschichtlichen Widerstand, die Bourgeoisie und ihre gesamte Helferschaft, todfeindlich schimpflicher Untergang sein Los ist. Stand dem Novemberrevolutionäre 1918 der revolutionäre Revolution, ein noch unumgängliches, gefährliches, vor Pazifismus und Menschlichkeit tiefendes Proletariat gegenüber, so hat dieses selbe Proletariat über sechs Jahre blutigen Anschauungsunterricht genossen darüber, wie man in wichtigen geschichtlichen Stunden, die die Stunden des November 1918 waren, nicht handeln soll. Wäre das Proletariat als Klasse nicht liebestrunken gewesen und wären der Bourgeoisie 1918 nicht soviel Helfer und Freunde als Retter aus den Arbeiterorganisationen erstanden, aus den „freien“ Gewerkschaften, in der gesamten Sozialdemokratie, so könnte die „Berliner Börsenzeitung“ nicht zur Liquidation der Revolution, die keine war, die wahrlich erst noch eine werden soll und wird, aufrufen.

Das Proletariat muß die Zeichen der Zeit begreifen und muß erkennen, daß die Parole: „Einheit in die Gewerkschaften!“ die Parole der Kontrevolution ist. Die Parole der proletarischen Revolution ist nach wie vor und immer, bis zum endgültigen Triumph des Proletariats über all seine Widersacher: „Alle Macht den Räten!“

deren organisatorisches Fundament die revolutionären Betriebsorganisationen sind.

Nicht Zusammenschluß in den freigelegten Berufs- und Fachorganisationen, deren Ziel die „Volksgemeinschaft“ einschließlich der Bourgeoisie ist sondern Zusammenschluß der Klasse in den Betrieben zur Klassenkampforganisation, deren Ziel der Kommunismus, die Bedarfswirtschaft, errichtet durch das revolutionäre Räte-system ist, und das nur durch die Diktatur des Proletariats gestiftet werden und sich behaupten kann, bis durch die klassenlose Gesellschaft jeglicher Revolution, jeglicher Gewalt der Boden entzogen ist.

Bis dahin heißt Mensch sein im wahrsten Sinne des Wortes Kämpfer sein.

und öfteren Ausuchen erklärt Bauer, endlich, daß dies nicht der Fall sei. — Daß die Sozialdemokratische Partei von den Barnats Geld bekommen, wurde aber schon früher bewiesen. Und daß Herr Bauer und die anderen Ötten von der Gelder erwähnt noch daß er Bauer seinerzeit aufgefunden habe, dem Barnat die Empfehlungsschreiben der Reichskasse und des Reichspräsidenten abzunehmen. Bauer habe dies nicht getan!

Abgeordneter Hellmann gibt seine „gute persönliche Bekanntschaft mit Barnats“ zu. Er habe seinen Parteigenossen Lidemann, der preußischer Finanzminister war, gegeben, daß dieser eine Vorstudie des Barnat beim Staatsbankpräsidenten erwirke. Am 31. März kam darauf ein Empfehlungsschreiben zustande, das den gewünschten Erfolg brachte.

Hellmann kommt weiter auf die vielbesprochene Reise der drei Herren nach Amsterdam zu Tessa Barnat zu sprechen. Anfang 1920 sei im Rotterdam, Hagen ein Streik der Halenarbeiter ausgebrochen, wodurch der Hafen für mehrere Wochen stillgelegt wurde. Bei Streikarbeit sei mehrere